

Krise am Hessischen Staatstheater Wiesbaden: Entgegnung an Ministerium und Stadt

In seiner nicht namentlich gezeichneten Stellungnahme vom 15. September 2023 (s. Anhang 1) werfen uns das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst und die Landeshauptstadt Wiesbaden vor, »in dieser Form nicht überprüfbare Anschuldigungen« gegen den Geschäftsführenden Direktor des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden und das HMWK zu erheben, und verwarft sich gegen eine öffentliche Form der Auseinandersetzung. Alle von uns in unserer Erklärung vom 14. September 2023 (s. Anhang 2) angeführten Punkte sind jedoch dokumentiert, dem Ministerium liegt das Material dazu in hinreichender Form vor. Den Weg über die Öffentlichkeit haben wir schweren Herzens gewählt, weil der von der Geschäftsführung ausgeübte Druck in den vergangenen zwei Jahren immer weiter gestiegen ist. Wenn uns niemand hilft, wenn Konflikte nicht gelöst, sondern ausgesessen werden, wenn die Situation für die Mitarbeiter:innen immer unerträglicher wird, müssen die Ursachen dieser Konflikte irgendwann benannt werden.

Tatsache ist, dass das von Angela Dorn geführte Ministerium auch nach der Veröffentlichung unserer Erklärung nicht mit einem Gesprächsangebot auf uns zugekommen ist. Das erscheint uns in der derzeitigen Situation symptomatisch. Am 28. Juni 2022 (mithin vor über einem Jahr) wurde erstmals eine sehr dringliche Mail der künstlerischen Leitungsebene (ohne Beteiligung des Intendanten) ans Ministerium gesendet, in der diese um Gespräche bat, weil sich die Situation am Hessischen Staatstheater soweit zugespitzt habe, »dass keiner der internen Lösungsversuche mehr zielführend« sei. Diese Mail wurde auch nach mehrmaligem Nachfassen nicht beantwortet. Auch ein weiteres, von zehn Personen in leitenden Funktionen unterschriebenes Schreiben vom 10. Juli 2023 ist bis heute ohne Antwort geblieben. Die Gespräche, die in der ersten Jahreshälfte 2023 mit Leitungsmitarbeiter:innen im Ministerium geführt wurden, hatten unserem Eindruck nach sämtlich abwiegelnden Charakter.

Wenn das Ministerium nun schreibt, die in unserer Erklärung benannten Probleme lägen »zuvorderst in der Verantwortung der Bühnenleitung, nicht der Träger des Staatstheaters«, weist es seine Aufsichtspflicht nach unserem Dafürhalten erneut zurück und lässt die Mitarbeiter:innen mit den unhaltbaren Zuständen alleine.

Die vom Ministerium angeführten »Hilfestellungen« für das Theater haben bislang nichts zur Lösung der Konflikte beigetragen. Ein Gutachten, das in Folge des sogenannten »Hakenkreuz-Skandals« erstellt wurde und für das zahlreiche Mitarbeiter:innen stundenlange Befragungen in der Ferienzeit erduldeten, ist offensichtlich nie detailliert ausgewertet worden – jedenfalls gelangte von den Ergebnissen weder etwas an die Öffentlichkeit noch ins Theater. Eine »Mediation« innerhalb der Bühnenleitung hat, entgegen der Behauptung des HMWK, nicht stattgefunden, stattdessen wurde ein Coach engagiert. Eine angekündigte Mitarbeiterbefragung fand mit großer Verzögerung statt, war in ihrer Machart dilettantisch aufgesetzt und ist auch vier Monate nach ihrem Ende nicht ausgewertet. Nun soll eine mutmaßlich kostenintensive Unternehmensberatung kommen, deren Ergebnisse jedoch in der aktuellen Krise nichts mehr bewirken können.

Insofern stellt die Reaktion des Ministeriums und der Stadt Wiesbaden für uns eine große Enttäuschung dar. Die vom Geschäftsführenden Direktor verursachten Probleme und Blockaden müssen gelöst werden – und zwar jetzt! Denn es geht uns nicht darum, Recht zu behalten. Es geht uns darum, langfristigen Schaden vom Theater abzuwenden. In vielen Arbeitsbereichen, etwa im technischen, kann das einmal Versäumte kaum je wieder aufgeholt werden.

Wiesbaden, 20. September 2023

Anika Bárdos, Dramaturgin
Wolfgang Behrens, Schauspieldirektor
und viele anonym bleibende Mitarbeiter:innen